

Landesbibliothek Oldenburg

Digitalisierung von Drucken

Nachrichten für Stadt Elsfleth und Umgebung. 1933-1940 1936

40 (2.4.1936)

[urn:nbn:de:gbv:45:1-894342](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:gbv:45:1-894342)

Nachrichten für Stadt Elsfleth und Umgebung

Die Nachrichten erscheinen jeden Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. Im Falle von unerschulderten Betriebsstörungen besteht kein Anspruch auf Lieferung, Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.



Anzeigenannahme bis spätestens Montag, Mittwoch, Freitag, vormittags 9 Uhr. Größere Anzeigen am Tage vorher erbeten. Bei Konkursverfahren oder Zwangsvergleich wird etwa bewilligter Nachschuß hinfällig.

Wahrscheinlich mit der Beilage „Heimat und Welt“ monatlich 1.00 RM ausschließlich Bestellschuld, Einzelpreis 10 Pf. Nr. 11 36: 503. Druck und Verlag: L. Jirtz, Elsfleth
Verantwortlicher Redakteur: Hans Jirtz, Elsfleth. Grundpreise: Die 46 mm breite Anzeigenmillimeterzeile 4 Pf. (nähere Bedingungen in der Anzeigenpreisliste, z. Bt. Preisliste Nr. 3 gültig), die 90 mm breite Textmillimeterzeile 20 Pf. Verantwortlicher Anzeigenleiter: Hans Jirtz, Elsfleth. Für durch Fernsprecher aufgegebenen Anzeigen kein Einpruchrecht. Schließfach 17

Nr. 40 Elsfleth, Donnerstag, den 2. April 1936

Bolschewismus und Judentum

Moisi Hips, Carlos Garfenkel, Jayme Gandelman drei charakteristische Namen. Drei Drahtzieher der bolschewistischen Revolte im Herbst 1935. Drei Vertreter einer Macht, die gerne solche Typen auch in Deutschland ans Werk bringen wollte. Drei Kommunisten und drei Juden zugleich, Exponenten der roten Internationale, die da wohin sie will in der Union der sowjetischen Sozialrepubliken und bestrebt, auf dem Umwege über Frankreich doch nach dem bösen Ziel in Deutschland zu erreichen. Frankreich wie alle Staaten der Erde hat sich heute noch gegen die kommunistische Zersetzung zu wehren. In Sowjetrußland aber ist die tatsächliche Organisation der jüdischen Ausübung zur Katastrophe geworden. Sämtliche Gebiete des russischen Reiches stehen unter jüdischer Leitung, die die Ausbeutung jedes einzelnen durch ein in der Geschichte einzig dastehendes Terror- und Gewaltregime durchführt. Vor allem sind die beiden wichtigsten Faktoren der bolschewistischen Diktatur im wesentlichen in den Händen von Juden: die kommunistische Partei der Sowjetunion und der Regierungsapparat, der seine oberste Spitze im Rat der Volkskommissare hat.

In der kommunistischen Partei der Sowjetunion steht neben dem Generalsekretär, dem Nikitrusch Stalin, als eine rechte Hand und der zweitmächtigste Mann der Sowjetunion sein Schwiegervater, der Jude L. M. Kaganowitsch. Im Zentralerekutivkomitee der Partei sitzen außerdem die Juden Witwinow, Jagoda, Tichernoff, Pologoff, Lubinoff, Kaganowitsch, Kowitsch und Garmarnik. Auch der gesamte Apparat und untere Parteipersonal ist durch und durch jüdisch. Was den Regierungsapparat der Sowjetunion betrifft, so sitzen an seiner Spitze, im Rat der Volkskommissare, folgende Juden: Außenpolitik: Witwinow, Inneres: Jagoda, Außenhandel: Pologoff, Innenhandel: Weizer, Landwirtschaft: Tichernoff, Leichtindustrie: Lubinoff, Verkehr: Kaganowitsch, Verteidigung: Garmarnik (Polit. Abteilung), Staatsgüter: Kalmankowitsch. Außerdem sitzen im Rat der Volkskommissare nur noch zwei Nichtjuden und vier Russen.

Als weiteres Beispiel führen wir den Ausschuß an, der vor einigen Wochen beim Volkskommissariat für Ernährung gebildet wurde. In diesem sind unter 50 Fachbeamten 42 Juden, darunter der Stellvertretende Volkskommissar für Ernährung, Marj Watanowitsch Beletnik, und der Stellvertretende Vorsitzende dieses Beratungsausschusses, Marj Lewin. Diese Namen nur als einige Beispiele für die umfassende Verjudung des sowjetischen Regierungsapparates.

Die Durchführung der Ausbeutung, die von diesen Kommissaren entworfen wird, liegt in den Händen des Leiters der „Inneren Abteilung“, des Juden Jagoda. Es braucht nicht weiter erwähnt zu werden, daß gerade an dieser Stelle, der ehemaligen Tscheka oder GPU, die ganze Brutalität der jüdischen Rasse zum Ausdruck kommt. Gerade in der Tscheka ist das jüdische Element prozentual am stärksten vertreten. An der sowjetischen Außenpolitik arbeiten ebenso in der Hauptlage Juden. Die Sowjets sind in Genuß durch eine reichhaltige Delegation vertreten, in der sich sieben Juden befinden. An der Spitze steht der Außenkommissar Witwinow, der als Außenminister, sein Vertreter ist der Jude Wolensberg. In den anderen Hauptstellen sitzen ebenfalls Juden, so in dem Boris Stein, in Paris help hand um.

Aber die Sowjetunion ist nicht nur ein jüdisch geleiteter Ausbeutungsstaat, sie ist gleichzeitig der Herd des jüdischen internationalen Kommunismus für die ganze Welt, die Zentrale für die organisierte Zersetzung und Revolutionierung aller Staaten. Nicht umsonst hat der Führer in seiner letzten Rede vor dem Deutschen Reichstag, in der er die reißende Befreiung Deutschlands von den Verfallenen Ketten und Deutschlands Bereitwilligkeit zu friedlicher Zusammenarbeit mit unseren Nachbarn verkündete, ausdrücklich einen „Pakt mit dem Bolschewismus“ abgelehnt. Es handelt sich eben bei der Sowjetunion nicht um einen „nationalen“ Staat, mit dem man wie mit jedem anderen verhandeln könnte, sondern um das Herrschaftsgebiet des internationalen Judentums, das etwa 70 große und kleine Völker auf dem Gebiet des ehemaligen Rußlands unter seine Gewalt gebracht hat und danach strebt, alle übrigen Staaten durch Umsturz in dieses System einzuordnen. Die heutige Ausbeutung der Völker der UdSSR ist nur die erste teilweise Vorbereitung des jüdischen Welt Herrschaftsanges. Seine weitere Erfüllung durch die Bolschewisierung Deutschlands ist und bleibt mitsingen. Aber heute hat Moskau sein Augenmerk verlagert auf andere Staaten gelenkt. Wir wollen auch hier nur ein Beispiel herausgreifen, um die jüdische Grundlage der kommunistischen Internationale aufzuzeigen: den jüngsten bolschewistischen Umsturzversuch in Brasilien.

Brasilien, einer der zukunftsreichsten Staaten der Welt, hatte schon lange die Aufmerksamkeit der roten Machthaber auf sich gezogen. Da die Regierung sich nicht dazu verstand, Sowjetrußland anzuernennen und eine offizielle Vertretung ins Land zu lassen, legte man den Juden Winkin als Leiter einer sowjetischen Handelsvertretung in Argentinien ein. Dieser organisierte von dort aus die kommunistische Arbeit in ganz Lateinamerika, und zwar so lange, bis

die argentinische Regierung sich gezwungen sah, die ganze Gesellschaft aufzulösen und auszuweimen. Es wurde damals festgestellt, daß die Geschäfte dieser „Handelsvertretung“ hauptsächlich in der Finanzierung von Aufständen und in der Weiterleitung von Propagandamaterial bestanden hatten. Winkin begab sich aber nicht erst nach Moskau, sondern wurde kurze Zeit darauf zum sowjetischen „Gesandten“ in Montevideo ernannt. Auch hier betrieb dieser ehemalige Fehlhändler die gleichen Geschäfte wie vorher in Argentinien. An seiner Seite arbeitete der Komintern-Agent für ganz Lateinamerika, der Jude Ewert, unter dem falschen Namen Harry Berger, dessen vordringlichste Aufgabe darin bestand, den Aufstand in Brasilien anzusetzen. Im Herbst 1935 brach dieser endgültig aus, und wieder waren seine Hauptdrahtzieher Juden: Waldemar Rotteberg, Moisi Hips, Abraham Wolensberg, Rubens Goldberg, Carlos Garfenkel, Jayme Gandelman usw. Besonders stark beteiligt waren Mitglieder der jüdischen Unterwelt aus den Hafenstädten, die dort Mädchenhandel und ähnliche Geschäfte betrieben.

Die Regierungen der drei Staaten Argentinien, Brasilien und Uruguay zogen denn auch die notwendigen Konsequenzen, verhafteten alle Agenten und schoben sie, soweit sie fremde Staatsangehörigkeit besaßen, ab. Ein Teil der bolschewistischen Juden landete allerdings in Mexiko, wo nun eine Wiederholung des ganzen Spieles zu erwarten ist. Es genügt wohl, diese Beispiele herauszugreifen zu haben, um den Beweis für den jüdischen Charakter der kommunistischen Internationale und ihrer Basis, der Sowjetunion, zu führen.

Die Besprechung der Militärs

Meinungsverschiedenheiten im englischen Kabinett?
Die geplanten Besprechungen zwischen den Generälen Englands, Frankreichs und Belgiens werden in den englischen Blättern eingehend erörtert. Die den Regierungen nahestehenden Blätter betonen wiederum, daß die Besprechungen keinerlei neue politische Bindungen für England mit sich bringen würden und daß man ihnen angesichts ihres streng ungenügenden Charakters keine allzu große Bedeutung beimessen dürfe. Alle übrigen Blätter greifen den Plan, die militärischen Verhandlungen durchzuführen, in mehr oder weniger scharfer Weise an.

Der diplomatische Mitarbeiter der „Times“ meldet, daß auf der letzten Ministerbesprechung einige Beforgnis darüber ausgedrückt worden sei, die Verhandlungen der Generäle könnten einen zu großen Umfang annehmen und diese Gefahren zu vermeiden, haben vorgeschlagen, eine Tagesordnung aufzustellen, an die die Vertreter des britischen Generalstabes streng gebunden sein würden. Sie würden angewiesen werden, die Grenzen der Tagesordnung selbst in den ersten Besprechungen nicht zu überschreiten und alle Fragen dem Kabinett zur Entscheidung vorzulegen. Wie verlautet, sei diesen Grundregeln allgemein zugestimmt worden.

Der politische Mitarbeiter der „Daily Telegraph“ schreibt, angesichts der öffentlichen Meinung im Parlament und im englischen Volk werde die Regierung bei der Festlegung des Zeitpunktes und des genauen Umfangs der Besprechungen keine unnötige Hast einwickeln. Der diplomatische Mitarbeiter des Blattes will dagegen bereits wissen, daß die Besprechungen wahrscheinlich schon in der nächsten Woche in Paris beginnen würden. Die Stabsbesprechungen seien lediglich eine Vorrichtungsmaßnahme, denn man stimme jetzt allgemein überein, daß die Anwesenheit deutscher Streitkräfte im Rheinlande keine Kriegsdrohung darstelle.

Der diplomatische Berichterstatter der „Morning Post“ meint, die Bedeutung der Stabsbesprechungen sei großenteils „symbolisch“, da die Wahrscheinlichkeit eines deutschen Angriffes (1) während der „Zwischenperiode“ nicht sehr groß sei.

Die Oppositionsblätter „Daily Herald“ und „News Chronicle“ melden, daß im Kabinett beträchtliche Meinungsverschiedenheiten über die Generalsstabsbesprechungen beständen. „Daily Herald“ schreibt, daß die drei Minister der Simon-Kommission, Sir John Simon, Brown, und Sir Godolphin Collins, den geplanten Besprechungen sehr kritisch gegenüberstünden. Sie seien der Ansicht, daß die Verhandlungen in der gegenwärtigen Lage außerordentlich herausfordernd und gefährlich wären. Diese Ansicht werde von Lord Halifax unterstützt, der gegen jede weiteren Verpflichtungen in Europa liege. Die Haltung des Handelsministers Runciman sei schwankend.

„News Chronicle“ schreibt, ein Teil der Minister sei für Aufbruch der Besprechungen bis nach den französischen Wahlen. Die Unterhausabgeordneten würden von ihrer Wählererschaft mit Protestbriefen gegen militärische Verhandlungen mit Frankreich überhäuft. Gleichzeitig meldet das Blatt, die britische Regierung werde wahrscheinlich weitere Schritte unternehmen, um einen Erfolg des italienischen Vorgehens in Abessinien zu verhindern.

Das Rothenmer-Blatt „Daily Mail“ geht so weit, von der Gefahr einer Kabinettskrise infolge der Meinungsverschiedenheiten über die Stabsverhandlungen zu sprechen. Die meisten Minister seien der Ansicht, daß die militärischen Verhandlungen die Ansichten auf erfolgreiche Verhandlungen mit Deutschland schädigen würden.

Ueberwältigendes Bekenntnis

Nach den bisher beim Reichswahlleiter vorliegenden vorläufigen Endergebnissen aus den 35 Wahlkreisen haben von 45 431 102 Stimmberechtigten 44 954 937, das sind 99 v. H., an der Wahl teilgenommen.

- Von den 44 954 937 Stimmen wurden abgegeben:
1. Für die Liste und damit für den Führer 44 111 911
 2. Gegen die Liste und ungültig 843 026

Es sind somit 99 v. H. aller Stimmen für die Liste und damit für den Führer abgegeben worden.

Hilf an Gauleiter Bördel

Der Führer und Reichsleiter hat an Gauleiter Bördel das nachstehende Telegramm gerichtet:

„Tief beeindruckt von der an erster Stelle martirierenden Saatz, sende ich Ihnen, meinem alten verdienstvollen Gauleiter, zum heutigen Geburtstag meine herzlichsten Glückwünsche.“

Dank des Führers

Der Führer und Reichsleiter hat während des Wahlkampfes, und insbesondere nach dem Bekanntwerden des Wahlergebnisses telegraphische und schriftliche Rundgebungen der Zustimmung und Gebühne der Treue aus dem Reich und dem Ausland in so großer Anzahl erhalten, daß eine Einzelbeantwortung leider undurchführbar ist.

Der Führer und Reichsleiter bittet alle, die ihm in diesen Tagen ihre Gefolgschaftstreue oder ihre Zustimmung bezuzeugen, seinen aufrichtigen Dank auf diesem Wege entgegenzunehmen; ebenso herzlich dankt der Führer auch den zahlreichen ausländischen Freunden Deutschlands, die ihm und dem deutschen Volke ihr Verständnis und ihre freundschaftliche Befestigung zum Ausdruck brachten.

„Die Friedensverträge wurmfischig“

Eine Mahnung des Senators Cailaue.

In der radikalsozialistischen Pariser „Republique“ beschäftigt sich der ehemalige französische Ministerpräsident und Vorsitzende des Finanzausschusses des Senats, Josef Cailaue, mit Zukunftsfragen. Er macht sich dabei die Auffassungen des englischen Außenministers Eden zu eigen, wonach Frankreich die noch ungelöste deutsch-französische Frage mit Unvoreingenommenheit und ohne Engbräutigkeit in Angriff nehmen müsse. Cailaue macht das wirtschaftliche Elend in erster Linie für alle Streitigkeiten verantwortlich und fordert deshalb zu einer wirtschaftlichen und finanziellen Zusammenarbeit der europäischen Völker auf. Frankreich müsse unbedingt zur Herstellung einer solchen Solidarität gelegentlich der Verhandlungen beitragen, die zweifellos nach der Beseitigung der augenblicklichen politischen Schwierigkeiten aufgenommen werden müßten.

Es sei selbstverständlich, daß die aus solchen Verhandlungen hervorgehenden Abkommen nur zwischen vollkommener Gleichberechtigung Völkern abgeschlossen werden könnten. Ein offener Geist und ein weiter Blick seien dazu notwendig. Vor allen Dingen aber müßten diejenigen, die Frankreich regierten, sich darüber klar werden, daß die Friedensverträge wurmfischig seien; sie seien zum größten Teil zusammengebrochen, und die Mauern dieses Gebäudes von Versailles seien auf Frankreich gestürzt, weil es hartnäckig darauf bestanden habe, sich ängstlich hinter einem Bau zu schließen, dessen notgedrungenen Zusammenbruch es nicht mahnen wollte.

Englands Flottenaufrüstung

Gewaltiges Bauprogramm für 1936.

London, 1. April.
Die englische Regierung wird nach einer Meldung des „Daily Telegraph“ bis zum Jahresende folgende Kriegsschiffe im Auftrag geben: 2 Großkampfschiffe, 5 Kreuzer, 1 Flugzeugträger, mindestens 12 Zerstörer und eine noch unbestimmte Zahl von U-Booten und Schaluppen. Diese gewaltigen Aufträge ergeben das größte Flottenbauprogramm, das England seit dem Weltkriege aufgestellt hat. Drei weitere Kreuzer werden voraussichtlich im Sommer 1937 im Auftrag gegeben werden. Die genannten Schiffe umfassen eine Gesamttonnage von 175 000 Tonnen. Die Kosten belaufen sich auf rund 35 Millionen Pfund.

Im Rahmen des neuen Gesamtprogramms der englischen Flotte stellen die genannten Aufträge jedoch nur den ersten Abschnitt dar. Das Fünf-Jahres-Programm sieht den Bau von 25 neuen Kreuzern und einer großen Zahl von Großkampfschiffen, Zerstörern, Schaluppen und U-Booten vor.

